

# BRÜSSELER NOTIZEN

## zur Außen- und Entwicklungspolitik

Ausgabe vom  
2. Oktober 2023

Berichtszeitraum: 1.09.2023 bis 30.09.2023

### Inhalt:

- Maßnahmen der EU zur Bekämpfung illegaler Migration
  - VN-Generalversammlung: Plädoyer für Reformen und Handlungsbedarf
  - Jahresbericht des europäischen Parlaments zu EU-Türkei-Beziehungen
  - Von der Leyen beim Afrika-Klimagipfel
  - G20-Gipfel: Fokus auf globale Herausforderungen und Wirtschaftsbeziehungen
  - Peace Day Effort
  - EU-Großbritannien Forschungsk Kooperation
  - Rede zur Lage der Union
  - Kurzmeldungen
- 

## Maßnahmen der EU zur Bekämpfung illegaler Migration

Das zwischen Tunesien und der EU geschlossene [Abkommen](#) zur Begrenzung unkontrollierter Migration nach Europa mit einem Unterstützungsvolumen für den Maghreb-Staat i.H.v. 785 Mio. EUR enthält klare Aussagen zur Einhaltung von Menschenrechten und demokratischen Prinzipien. Dies sei die Voraussetzung für die umfassenden Wirtschafts- und Klimaprojekthilfen des Abkommens durch die EU, wie Nachbarschaftskommissar Oliver Varhelyi am 12. September 2023 in Straßburg vor dem Parlament ausführte. Auch in dem [10-Punkte-Plan](#) der Kommissionspräsidentin nach ihrem Besuch der Flüchtlingslager auf Lampedusa figuriert die Umsetzung der Vereinbarung mit Tunesien an oberer Stelle – neben der verstärkten Unterstützung Italiens durch die Europäische Asylagentur EUAA und Frontex, der Intensivierung von Rückkehroperationen und Verstärkung der Grenzüberwachung auf See und aus der Luft. Die Blockade-Haltung Deutschlands gegenüber der Krisenverordnung, Teil des groß angelegten [Asyl-Reform-Pakets](#) der Kommission, konnte in der Ratssitzung der Innenminister am 28./29. September aufgelöst werden. Damit steigen die Chancen auf eine Einigung zwischen den Institutionen auf den in Verhandlung befindlichen Neuen Pakt für Migration und Asyl noch vor Ende der Legislaturperiode. Dem Ziel, illegale Migration nach Europa zurück zu drängen, dient auch die [mit Albanien geschlossene Vereinbarung](#) über den dortigen Grenzeinsatz von Frontex-Teams. DR. THOMAS LEEB

## VN-Generalversammlung: Plädoyer für Reformen und Handlungsbedarf

EU-Ratspräsident Charles Michel fand während der 78. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen am [20. September 2023](#) in New York deutliche Worte für die Notwendigkeit von Reformen. Dies sei erforderlich, um das inklusive Funktionieren des multilateralen VN-Systems und das in sie gesetzte Vertrauen zu gewährleisten. Die institutionelle Modernisierung solle die Änderung der Vetorechte und die Verbesserung der Repräsentativität des VN-Sicherheitsrates umfassen. In der Sitzung am 20. September 2023 zur Ukraine appellierte Michel an China, sich den westlichen Aufruf zur Kriegsbeendigung Russlands anzuschließen.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen warb am [18. September 2023](#) während des VN-Gipfels zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung für die beschleunigte Umsetzung der SDGs und insbesondere der Bereitstellung von Finanzmitteln für die Länder des globalen Südens. So betonte von der Leyen, dass sich die EU mit dem Leitinvestitionsplan „Global Gateway“ und stetig steigender Entwicklungshilfe engagiere. Auf dem VN-Climate Ambition Summit am [20. September 2023](#) mahnte sie Handlungsdruck und Ambitionen in Bezug auf den Klimawandel an und forderte abermals die Finanzierung von Maßnahmen in Entwicklungsländern. CONSTANTIN BLASCHKE

## Jahresbericht des europäischen Parlaments zu EU-Türkei-Beziehungen

In ihrem [Jahresbericht](#) äußerten sich die EU-Abgeordneten skeptisch gegenüber einer Wiederaufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Diese wurden 2005 aufgenommen, liegen aber de facto seit 2018 still. Die Gründe hierfür aus europäischer Sicht sind in dem jüngst erschienenen Bericht aufgeführt: die fehlende Beachtung demokratischer Werte, von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten durch Ankara. Empfohlen wird darin, die wünschenswerte Verbesserung der Beziehungen durch eine engere Partnerschaft, die den Stillstand überwindet, mittels neuer Formate zu erreichen.

Deutlich sprechen sich die Europaabgeordneten für die Ratifizierung der NATO-Mitgliedschaft Schwedens durch die Türkei aus, sie lehnen aber gleichzeitig eine Verknüpfung mit den ruhenden Beitrittsverhandlungen der Türkei zur EU ab. Ein Zeichen europäischer Solidarität mit der Türkei setzen die Abgeordneten mit ihrer Befürwortung weiterer EU-Hilfen für die ca. 4 Mio. Flüchtlinge in der Türkei und den Wiederaufbau nach dem Erdbeben. DR. THOMAS LEEB

## Von der Leyen beim Afrika-Klimagipfel

Beim [Afrika-Klimagipfel](#) am 05. September 2023 in Nairobi hob EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Bedeutung der grünen Transformation für die wirtschaftliche Entwicklung hervor. So könne Klimaschutz eines der Zuggpferde für das Wachstum Afrikas sein. Die Hälfte von der insgesamt 3 Mrd. EUR schweren Investitionsinitiative „Global Gateway“ ist für den afrikanischen Kontinent vorgesehen. Beispielsweise fördert die EU Wasserkraftwerke in der Demokratischen Republik Kongo und Burundi. Auf der COP28 möchte die EU eng mit Afrika zusammenarbeiten – insbesondere bei der Klimafinanzierung sowie bei einem Vorschlag für eine globale CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Die „Global Green Bond Initiative“ soll Afrikas Märkte für grüne Anleihen aufbauen und private Investitionen anlocken. So stellt die EU 1 Mrd. EUR zur Risikominderung für private Investitionen in Schwellenländern bereit.

MICHELLE WIESNER

## G20-Gipfel: Fokus auf globale Herausforderungen und Wirtschaftsbeziehungen

EU-Ratspräsident Charles Michel und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nahmen am [09. und 10. September 2023](#) am G20-Gipfeltreffen in Indien teil. Im Mittelpunkt standen Russlands Krieg gegen die Ukraine, Wirtschaftsbeziehungen, die Ziele für nachhaltige Entwicklung, Klimawandel und Digitalisierung, und Geschlechtergleichheit. Zudem wurde die Afrikanische Union als ständiges Mitglied der G20 aufgenommen.

Bei der Begleitveranstaltung [Partnerschaft für globale Infrastruktur und Investitionen \(PGII\)](#) betonte von der Leyen die Bedeutung des Auf- bzw. Ausbaus zweier Handelsrouten. Der Wirtschaftskorridor Indien-Naher Osten-Europa zielt auf eine den Handel beschleunigende Eisenbahnverbindung, eine Pipeline für sauberen Wasserstoff sowie ein Strom- und Hochgeschwindigkeits-Datenkabel ab. Die Infrastruktur des Transafrikanischen Korridors zwischen Angola, der Demokratischen Republik Kongo und Sambia wird durch die Partnerschaft der EU und den USA modernisiert und die lokalen Wertschöpfungsketten und Sektoren gefördert.

CONSTANTIN BLASCHKE

## Peace Day Effort

Parallel zur 78. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York vereinbarten die EU, Saudi-Arabien und die Arabische Liga in Kooperation mit Ägypten und Jordanien am 18. September 2023 den „[Peace Day Effort](#)“ für den Nahen Osten. Ziel der Vereinbarung ist die Entwicklung eines Planes, wie Frieden nach einem „Friedenstag“ zwischen Israel und Palästinas im Nahen Osten garantiert werden kann. Die Unterzeichner verstehen unter „Friedenstag“, den Tag an dem die Zweistaatenlösung von Israel und Palästina anerkannt wird und Israel sich aus den sogenannten palästinensischen Gebieten zurückzieht. Dafür wurden drei Arbeitsgruppen gegründet, in welchen Diplomaten und Experten konkrete Pläne erarbeiten sollen. Laut dem EU-Außenbeauftragten [Josep Borrell](#) werden diese bereits im Oktober in Brüssel ihre Arbeit aufnehmen.

NICO GÖRICHKE

## EU-Großbritannien Forschungsk Kooperation

Am 07. September 2023 [einigten](#) sich die EU und Großbritannien auf die Teilnahme der Briten an dem Forschungsprogramm Horizon und dem Weltallprogramm Copernicus. Großbritannien verließ mit dem Brexit im Januar 2020 auch die beiden Programme. Dabei handelt es sich bei Horizon mit einem Budget von 95,5 Mrd. EUR um das größte Forschungsförderungsprogramm der Welt. Nun können sich britische Forscher wieder um Förderungsgelder bewerben. Großbritannien wird bis zum Ende der aktuellen Förderperiode 2027 fast 2,6 Mrd. EUR pro Jahr für die Teilnahme bezahlen. Das jetzige

Abkommen wird in der britischen Presse als Gewinn verzeichnet. Zuvor klagten viele britischen Universitäten und Forschungseinrichtungen über einen „Brain Drain“ aufgrund des Brexits. NICO GÖRICKE

## Rede zur Lage der Union

In ihrer vorläufig letzten Rede zur [Lage der Union](#) am 13. September 2023 thematisierte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Errungenschaften ihrer Amtszeit und blickte auf die Herausforderungen der Zukunft: Klimaschutz und Wirtschaft, Migration, Europas Rolle in der Welt, neue Freihandelsabkommen sowie Erweiterung. Zur Außen- und Entwicklungspolitik äußerte sie sich wenig. Auch das Verhältnis mit Afrika kam zu kurz, auch wenn sie ankündigte, ein neues Strategiekonzept bis zum nächsten EU-AU-Gipfel zu erarbeiten. Die HSS-Einschätzung zur Rede lesen Sie [hier](#). MICHELLE WIESNER

## Kurzmeldungen NICO GÖRICKE

Am 19. September 2023 kam es nach fortlaufenden Spannungen zum erneuten Angriff Aserbaidschans auf die von Armeniern bewohnte Region Bergkarabach. Zuvor bemühte sich die EU vergeblich um [Deeskalation](#). Nach Flucht vieler Bewohner kündigten die Behörden zuletzt die Selbstauflösung der Region an. Die EU stellt als [Reaktion](#) auf den steigenden Bedarf infolge der Krise in Bergkarabach zurzeit humanitäre Mittel bereit.

Nach verheerenden Überschwemmungen in Libyen kündigte die EU am 18. September 2023 5,2 Mio. EUR an [humanitären Hilfen](#) für das Land an. Diese wurden den Partnern der EU bereitgestellt und ermöglichten ihnen, Hilfeleistungen mit Schwerpunkt auf Unterkünfte, Gesundheit, Nahrungsmittel, Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene zu verstärken.

Am 14. September 2023 fand der Belgrad-Pristina Dialog unter Vermittlung der EU in Brüssel statt. Ziel des Dialogs ist eine zunehmende Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo. Im Nachgang [kritisierte](#) die EU den aktuellen Stand der Verhandlungen und forderte eine schnellere Implementierung der gemeinsamen Richtlinien auf beiden Seiten.

Die EU stellte am 20. September 2023 140 Mio. EUR an [Entwicklungshilfe für Afghanistan](#) bereit. Die Gelder waren zuvor seit Ende 2020 aufgrund der Diskriminierung von Frauen durch die Taliban nicht ausgeschüttet worden. Deshalb soll das Geld nun vor allem Mädchen und Frauen zu Gute kommen, indem die Verwendung auf Bereiche begrenzt ist, in denen es Frauen erlaubt ist, zu arbeiten.

---

**Dr. Thomas Leeb**, Leiter Europa-Büro Brüssel der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.  
Unter Mitarbeit von **Constantin Blaschke**, **Nico Göricke**, **Michelle Wiesner**

### Impressum

Hanns-Seidel-Stiftung e.V. | Lazarettstraße 33 | 80636 München | [www.hss.de](http://www.hss.de)  
Vorsitzender: Markus Ferber, MdEP | Generalsekretär: Oliver Jörg

Für Rückfragen zum Inhalt erreichen Sie das Büro Brüssel unter  
Tel. +32 2 230-5081 | E-Mail: [brussels@hss.de](mailto:brussels@hss.de)  
Finden Sie uns auf [Facebook](#), [LinkedIn](#) und [Twitter](#).  
Melden Sie sich für unseren [Veranstaltungsverteiler](#) an.